

Antje Vollmer
(Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a.D.)

Weltpolitik im Umbruch –
US-Wahlen, Duma-Wahlen, Brexit, Terrorismus, Naher Osten,
Ukraine - Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Russland
und dem Westen

(Einführungsstatement bei den Potsdamer Begegnungen am
8.November 2016, 12.00 in Moskau)

I. Die Wahlen in den USA

Man müsste Prophet sein, um den völlig offenen Ausgang der Wahlen in den USA, die zu dieser Stunde stattfinden, vorhersagen zu können. Soviel aber kann man vorhersagen: Die Vereinigten Staaten werden als tief zerrissene Nation aus diesem erbitterten Wahlkampf hervorgehen und lange Zeit mit den innen- und außenpolitischen Folgen zu tun haben. Wenn Donald Trump gewinnt, bedeutet das eine Phase großer innenpolitischer Unberechenbarkeiten und Unruhen, außenpolitisch aber im besten Fall eine Ära des krassen Isolationismus und der weiteren Schwächung der UNO. Gewinnt dagegen Hillary Clinton, die sich außenpolitisch eher als Falke anbietet, so wird Trump innenpolitisch mit seinem geplanten Medienmachtpol weiter alle die um sich zu scharen versuchen, die erbittert gegen das „Washingtoner Establishment“, gegen die New Yorker Finanzwelt und das Konzept einer globalen Einwanderungsgesellschaft ankämpfen. Er wird die Masse der untergehenden weißen Mittelschicht und der Globalisierungsverlierer so agitieren, dass deren Loyalität gegenüber der knapp gewählten Regierung fast vollständig erlöschen wird. Das sind keine guten Prognosen für die derzeit stärkste Macht der Welt.

II. Europa nach dem Brexit, der Finanz- und Griechenlandkrise und nach dem Desaster der TTIP und CETA –Verhandlungen.

Das gemeinsame Problem der heute führenden amerikanischen und europäischen Eliten ist, daß sie diese tiefe Legitimationskrise und existentielle Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten meist nicht einmal geahnt haben. Sie wurden durch das Brexit-Votum, den europaweiten Widerstand gegen TTIP und CETA und das Aufkommen rechtspopulistischer Bewegungen (Frankreich, Deutschland, Ungarn) ebenso völlig überrascht wie durch den Aufstieg eines so unseriösen Populisten wie Tramp. Das trifft auch auf die meisten Leitmedien zu, die als Teil des „Establishments“ selbst zunehmend heftig angegriffen werden und fassungslos vor einem enormen eigenen Glaubwürdigkeitsverlust stehen. Die Ursache suchen sie dann gern teils in der Verrohung der öffentlichen Debatten durch das Internet, teils in gesteuerten ausländischen Medienkampagnen („Putins fünfte Kolonne“). Gegenseitige Schuldzuweisungen und Verschwörungstheorien schießen – in West und Ost - ins Kraut, weil das Trauma und das Rätsel zu tief sitzen: Man kennt sich mit der eigenen Bevölkerung nicht mehr aus, die Kluft der Lebenswelten ist zu groß geworden.

III. Die revolutionäre Nach-Wendephase geht zu Ende.

Diese Krise aber kam nicht aus heiterem Himmel. Sie kennzeichnet vermutlich eine Umbruchphase am Ende einer Epoche, die von einer einzigen politischen Denkschule bestimmt wurde, die die letzten 25 Jahre fast monokulturell dominierte. Wir sind gewohnt, diese als „neoliberal und neokonservativ“ zu bezeichnen. Sie ist stark mit dem euphorischen Freiheitsversprechen verbunden, das die Ära nach 1989 kennzeichnete. Ihre Akteure sitzen nicht nur in Washington, sondern auch in Brüssel und Berlin.

Innenpolitisch bedeutete das: Nachdem nach 1989 alle realsozialistischen Theorien durch die Wirklichkeit widerlegt schienen und gleichzeitig das deutsche Sozialstaatsmodell als eine dritte Möglichkeit als nicht mehr zeitgemäß definiert wurde, ließen sich die unbegrenzten Chancen einer neoliberalen Finanz- und Wirtschaftspolitik anpreisen, die allein der Epoche einer nunmehr grenzenlosen Globalisierung und Digitalisierung zu entsprechen schienen. Diese „Modernität“ und behauptete „Alternativlosigkeit“ übte - verbunden mit dem radikalen Freiheitsversprechen, dass jeder darin sein Glück machen könne - eine gleichgroße intensive Faszination auf die Nachwende- Eliten in Ost wie in West aus. Die Unterschiede zwischen dem New-Yorker oder Londoner Investment-Broker und den russischen oder ukrainischen Oligarchen sind überhaupt geringer als man denkt. (Das gleiche trifft übrigens auch auf die Globalisierungsverlierer in Ost wie in West zu.)

Außenpolitisch aber war diese Ära gekennzeichnet von einem fast revolutionären Elan: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des geopolitischen Machtdualismus des Kalten Krieges sollte nun die neue Weltgemeinschaft unter den siegreichen Bannern westlich geprägter Werte (Demokratie, Menschenrechte, Freihandel, individuelle Freiheiten, Gender- und Minderheiten-Rechte) überall verwirklicht werden. Vom Kosovo-Krieg über den Afghanistan- und Irakkrieg bis zum Syrienkrieg, der ganz offensichtlich zum Stellvertreterkrieg aller verbleibenden Regional- und Weltmächte verkommt, wurden überall die hehren Ziele(Nation-Building, Regime-Change, Durchsetzung der Menschenrechte, demokratischer Frühling und Aufbau von Rechtsstaaten) propagiert, aber in der Praxis nirgendwo eingelöst. Die sogenannte „menschenrechtsgestützte Außenpolitik“ (Angela Merkel), die faktisch eine moralisch gestützte Interventions- und Sanktionspolitik ist, kann in ihren praktischen Ergebnissen nicht überzeugen. Denn diese Ergebnisse müssen immer noch an der Überlebensfähigkeit und sozialen Verfasstheit von Staaten und der innergesellschaftlichen Friedensfähigkeit gemessen werden, ihre Überzeugungskraft für das missionarische Selbstgefühl der Eliten reicht nicht. Nach 25

Jahren Dominanz ist es notwendig eine Bilanz der realen Ergebnisse dieser politischen Agenda zu ziehen.

Die Euphorie ist verflogen, die Völker sind kriegs- und revolutionsmüde, sie wollen nicht ununterbrochen sozial und ökonomisch durch immer neue sogenannte „Reformen“ gejagt werden – es fehlt aber in Ost wie West an alternativen politischen Konzepten, um eine neue Ära einzuleiten – und vor allem fehlt es an überzeugenden charismatischen Personen, die das glaubwürdig vertreten könnten.

IV. Kommt nun die Chance der Sozialdemokratie?

Eigentlich müsste das so sein – aber ich bin ich mir dessen keineswegs sicher. Die Themen, die eine oppositionelle Programmatik erfordern würde, liegen zwar auf der Hand: Innenpolitisch hieße das:

- Beendigung der europäischen Austeritätspolitik.
- Bewahrung sozialer, ökologischer und kultureller Errungenschaften auch in Zeiten der Globalisierung (TTIP und CETA) – Es sind die kleinen Leute, die treu an ihren regionalen Kulturen und Traditionen hängen, die reichen Weltbürger haben und brauchen längst keine Heimat mehr.
- Rückeroberung der Institutionen der öffentlichen Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Kommunikation, Bahn).
- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Kinderarmut.
- Kostenloser Zugang zu Schulen und Universitäten.
- Beendigung der Umwälzung aller Folgekosten der Bankenkrise auf die Sparer, Rentner, Pensionäre und gemeinnützigen Stiftungsvermögen.
- Wiederaufbau der öffentlichen Infrastruktur.

Außenpolitisch hieße das:

- Stärkung der UNO und einer multipolaren Weltordnung.
- Anknüpfen an die besten Traditionen der Entspannungspolitik der 70er und 80er Jahre, der

Abrüstungsverhandlungen und der Arbeit an den Konzepten gemeinsamer Sicherheiten in Europa.

- Einberufung einer (vermutlich jahrelangen) Konferenz zur Befriedung und Neugliederung des Nahen Ostens – ohne Vorbedingungen und unter Beteiligung a l l e r involvierten Kriegsparteien (vergleichbar der Friedensverhandlungen von Münster und Osnabrück im 17.Jhdt oder des Wiener Kongresses des frühen 19.Jhdts)

Es gibt zwar Ansätze zu einer solchen neuen sozialdemokratischen Strategie – z. B. bei Bernie Sanders in den USA, bei Corbyn in Großbritannien, in Griechenland, Italien, Portugal, teilweise Spanien und sogar Österreich. Besonders ermutigend ist, dass diese Bewegungen auch völlig neue junge Politiker hervorbringen, die durchaus bereit sind, die Repräsentanten der Ära von 1989-2015 abzulösen. Aber die größten und wichtigsten sozialdemokratischen Parteien Europas, in Deutschland, Frankreich und im Labour Toni Blairs haben sich noch keineswegs aus der babylonischen Gefangenschaft der großen neoliberalen Koalitionen, die auch die EU-Kommission dominiert, befreit. Sie sind auch persönlich zu sehr mit deren Handlungen und Entscheidungen belastet.

Sich davon zu lösen, wird Zeit kosten – und vermutlich ab 2017 eine Phase der Erneuerung der Sozialdemokratie und der französischen Sozialisten in der Opposition bedeuten – zumal eine solche politische Alternative im heutigen Europa keinerlei mediale oder intellektuelle Unterstützung genießt , wie die Griechenlandtragödie äußerst bitter gezeigt hat.

V. Wie sollte sich Russland in dieser Situation verhalten?

Selbstverständlich steht mir zu dieser Grundentscheidung der russischen Politik kein Rat zu. Dennoch will ich in diesem geschlossenen Kreis eine subjektive Einschätzung und vier Vorschläge wagen.

1. Geduld bewahren! Soviel Gründe es aus russischer Sicht geben mag, sich gekränkt von der Entwicklung im Rest der Welt abzukoppeln, es wäre die falsche Strategie für eine Phase des Umbruchs, in der sich tatsächlich die Grundkoordinaten westlicher Politik ändern können und werden. Die Blütezeit des westlichen Triumphalismus geht zu Ende. Eine Politik der ökonomischen Sanktionen und der politischen Isolierung Russlands hat in den europäischen Bevölkerungen schon längst keine Mehrheiten mehr. Und bitte immunisieren Sie sich gegenüber den verschiedenen antirussischen Kampagnen in den westlichen Leitmedien. Auch die Zeit der ständigen Moralisation und des zweierlei Maßes, mit denen die Dinge gemessen wurden (je nachdem, ob sie zum Beispiel von Russland und Syrien oder von Saudi-Arabien, Türkei etc. verantwortet wurden) geht allmählich zu Ende. Es ist wichtig, sie möglichst schnell hinter sich zu lassen und keine weiteren Rachedanken zu pflegen.
2. Das Ende der nach-89er- Ära selbst öffentlich erklären und mit positiven Vorschlägen untermauern! Tatsächlich war es ein Kennzeichen dieser Ära, dass aus revolutionärem Elan mühsam errungene Positionen der Zeit vor 1989 – z.B. die Unverletzlichkeit der Grenzen der europäischen Staaten, das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, die verpflichtende Bindung an das Völkerrecht, insbesondere bei Interventionen – von beiden Seiten von Fall zu Fall außer Kraft gesetzt wurden. Der Westen war dabei kein Musterknabe, wie der Umgang mit der Zerstörung des jugoslawischen Staatengefüges, die Ausweitung der Nato, der militärische Angriff auf Belgrad ohne UN-Mandat, aber auch die Anerkennung eines Unabhängigen Kosovo durch Referendum (ohne dass der serbische Staat zugestimmt hätte) beweist. Russland wiederum reagierte dann nach gleichem Muster von Fall zu Fall, in der Georgien-, Ukraine-, Krim- und schließlich Syrienkrise. Was hier hilfreich sein könnte, wäre ein Art beiderseitiger „Friedenserklärung nach dem Muster des

westfälischen Friedens“, in Zukunft beiderseits wieder die gegenseitigen Interessen zu achten, das vielfach verletzte Völkerrecht wieder voll in Geltung zu bringen und sich nach seinen Regeln zu verhalten. Das wäre die Voraussetzung für dringend notwendige neue Abrüstungs-Verhandlungen.

3. Da ich (leider!) davon ausgehe, dass weder in Deutschland (das ja in allen Teilen von der Entwicklung nach 1989 nur profitiert hat) noch in Frankreich im Jahre 2017 bereits ein politischer Machtwechsel hin zu einer anderen Europa- und Entspannungspolitik gelingen kann, würde ich aus russischer Sicht besonders auf die politischen Veränderungen in allen südlichen Staaten Europas und im nördlichen skandinavischen Raum setzen und die Beziehungen zu ihnen intensivieren. Insbesondere die entspannungspolitische Rolle unter Olof Palme, Dag Hammerskjöld und Thorvald Stoltenberg rufen geradezu nach heutigen Nachfolgern.

4. Dringend notwendig erscheint mir eine russische Initiative gegenüber den früheren Staaten des Ostblocks, die heute zu den schärfsten Gegnern Russlands gehören: insbesondere die baltischen Staaten, Polen, Ukraine, z.T. auch Georgien, Ungarn, Tschechien. Eine Befriedung des Verhältnisses zu diesen Ländern wird nicht gelingen, wenn man den Weg um sie herum versucht. Packen Sie den Stier bei den Hörnern! Soviel Verständnis man für die historischen Traumata dieser Länder haben muss, der verschärfte Nationalismus ist für kein Land eine Lösung und er ist auch nicht historisch rein und unschuldig. Überhaupt sind die Täter- und Opferrollen in diesem Fall eben nicht klar den Nationen zuzuordnen. Vielleicht könnte ein offener tabufreier Dialog über den Stalinismus hier neue Türen und Ohren öffnen. Es gab nicht nur stalinistische Täter und Kollaborateure in der russischen Nation, es gab sie in wesentlichen politischen Machtfunktionen in allen Ostblockstaaten - ebenso wie auch die russische Nation selbst in riesigem Ausmaß zu den Opfern der stalinistischen Säuberungswellen gehörte. Umgekehrt ist aber ebenso zu betonen, dass die

Überwindung des Stalinismus in zwei großen Phasen (erst unter Chruschtschow, dann unter Gorbatschow) keineswegs nur von den anderen Ländern oder in einem verlorenen kalten Krieg Russland abgerungen wurden sondern zum überwiegenden Teil ein Akt der Selbstbefreiung der demokratischen Bewegungen auch in Russland selbst waren. Dafür Respekt zu zollen und nicht im Opfertrauma zu verharren, stünde auch den neuen Demokratien Osteuropas gut an. Es würde dem inneren Frieden unter den Völkern nützen. Aber vielleicht muss das erste Angebot zu einem solchen Dialog gerade aus Russland kommen, von dem man es am wenigsten erwartet.

